

10.12.2020 - 08:28 Uhr

Dreifache Katastrophe und keine Aussicht auf Besserung



Die indigenen Gemeinschaften in Guatemala sind stark von Armut betroffen. Sie werden diskriminiert und ihre Menschenrechte kontinuierlich verletzt. Die Corona-Krise, eine ignorante Politik und zuletzt die Wirbelstürme Eta und Iota, haben sie an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Menschen brauchen dringend Unterstützung, erst recht am Tag der Menschenrechte.

Während die Menschen in Guatemala mit den Folgen der Wirbelstürme und der Corona Pandemie zu kämpfen haben, verabschiedet der Kongress ein Budget, das massive Sparmassnahmen vorsieht und unter dem einmal mehr die indigene Bevölkerung am meisten zu leiden hat. Armut und Ausgrenzung nehmen weiter zu, Menschenrechtsverletzungen wie das Verbot von Versammlungen sind an der Tagesordnung. Flavio Caal Chen vom Vorstand von Redstag, der Partnerorganisation von Fastenopfer, schildert die derzeitige Situation in Guatemala so: "Die Folgen der Wirbelstürme Eta und Iota sind gravierend, sie haben Überschwemmungen und Erdbeben mit sich gebracht und grosse Verwüstungen angerichtet. Vor allem in den nördlichen und östlichen Regionen Guatemalas, leiden die Menschen unter den Folgen der Stürme und sintflutartigen Regenfälle. Was es für die Menschen bedeutet, ist derzeit nicht abschätzbar. Denn noch immer regnet es und die Flusspegel sind hoch. Hunderte von Häusern stehen unter Wasser, Mais- und Bohnenernten sind vernichtet worden, das Saatgut für die nächste Aussaat ist verloren, Gemüsegärten, ganze Häuser und Orte sind überschwemmt. Hunderte von Gemeinden sind abgeschnitten und weiterhin stark gefährdet."

Recht auf Schutz, Sicherheit und Nahrung

Die Zerstörung von Ernte und Saatgut ist eine Katastrophe. Sichert doch die kleinbäuerliche Landwirtschaft die Ernährung vieler Menschen, auch jener in den Städten. Die Überschüsse der Ernte können sie normalerweise verkaufen, das wiederum verhilft zu einem zusätzlichen Einkommen. Nachdem Bäuerinnen und Bauern monatelang durch einen strikten Lockdown eingeschränkt waren, verschärfte die Polizei in der Region von Sololá, in der die Partnerorganisation von Fastenopfer tätig ist, die Ausgangsbeschränkung zusätzlich. Denn Präsident Alejandro Giammattei hatte verfügt, dass Fahrzeuge mit Lebensmitteln trotz Ausgangssperre fahren durften, die Polizei liess diese Transporte jedoch nicht passieren. Solange, bis es schliesslich zum Aufstand der hungernden Bevölkerung kam und die Polizei gezwungen wurde, die Weisung des Präsidenten korrekt umzusetzen.

Auch was die landwirtschaftliche Unterstützung der indigenen Gemeinschaften betrifft, verhält sich der Staat ungerecht. "Im Oktober beispielsweise besagen die Daten eines der Coordinación de Ongo y Cooperativas de Guatemala durchgeführten Monitorings, dass das Budget des Landwirtschaftsministeriums nur zu 33 Prozent ausgeschöpft wurde. Dies ist in einem Land, das stark von der Pandemie betroffen ist, mehr als beunruhigend. Zumal insbesondere die indigenen Gemeinschaften nicht unterstützt werden", so Flavio Caal Chen von Redstag. Auch was das Disaster Risk Management betrifft hat die guatemaltekische Regierung noch Verbesserungspotenzial. Obwohl die Wirbelstürme ein typisches und jährlich wiederkehrendes Wetterphänomen sind, hat sie es bis heute nicht geschafft die nötigen Vorkehrungen zu treffen und allen Menschen, unabhängig vom gesellschaftlichen Status, Schutz und Sicherheit zu bieten.

Zusammen mit seiner Partnerorganisation Redstag fordert *Fastenopfer* am Tag der Menschenrechte Schutz, Sicherheit, das Recht auf Nahrung und Selbstbestimmung für die indigenen Gemeinschaften in Guatemala.

Damit die Bäuerinnen und Bauern in Würde leben und arbeiten können, braucht es vom guatemaltekischen Staat zudem die Annahme und Umsetzung der Bauernrechtsdeklaration (UNDRP) für die *Fastenopfer* sich in der Schweiz und im globalen Süden einsetzt. Ist UNDRP doch ein Instrument, mit dem Regierungen verschiedene Massnahmen zum Schutz und zur Unterstützung von Bäuerinnen und Bauern ergreifen können. Die Vorständin Awex Cipriano Mejía von Redstag, sagt klipp und klar warum: "Ohne die Bäuerinnen und Bauern gibt es keine Nahrung, niemanden, der die Umwelt, das Wasser, das Saatgut und die wertvolle biologische Vielfalt schützt, die für uns alle essenziell ist. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, ihre Menschenrechte zu schützen und den Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und menschenwürdiger Arbeit zu sichern."

Für weitere Auskünfte:

Philippa Mund, Programmverantwortliche Guatemala 079 712 41 43

Fastenopfer, Alpenquai 4, Postfach 2856, 6002 Luzern

Medieninhalte



Frau mit einer Monatsration Mais und Bohnen.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000837/100861532> abgerufen werden.